

Mit Wörtern macht man Politik, zum Beispiel beim Wolf



Sprache ist ein zentrales Kulturgut, dessen Qualität, Originalität, Entwicklung sowie individuelle Vielfalt entsprechender Pflege bedarf. Auch die Ethnie spielt hier ihre Rolle. So spricht man in «Alemannien» von der Alp, im Bajuwarischen von der Alm. Ich erinnere mich, in den frühen 1970er Jahren ein Gutachten zur Rekultivierung des Steinbruchs Kadel am Kumma im Vorarlberger Rheintal geschrieben zu haben. Ich erwähnte dort eine Krete. Bei der mündlichen Besprechung vor Ort fragte mich der damalige Vorarlberger Naturschutzbeauftragte Dr. Walter Krieg, was denn damit gemeint sei. Der in der Schweiz übliche Begriff stammt vom Französischen «la crête» und wird für den Geländekamm oder -kuppe verwendet. Grosses Gelächter war die Folge, ich war blamiert. Noch schlimmer steht es mit dem saloppen Ausdruck «angefressen sein». In der Schweiz hat dieser Ausdruck seine positive Bedeutung und steht für Begeisterung, beispielsweise im Rahmen eines Hobbys. In Österreich trifft das Gegenteil zu, man ist über etwas verärgert. So lernte ich als beruflicher Grenzgänger die Helvetismen von den Austriazismen auch im Hochdeutsch zu unterscheiden. Der Duden unterscheidet im Übrigen klar, ob etwas Schweizer oder Österreicher Hochdeutsch ist.

Bei der täglichen Lektüre fällt mir auf, dass die Bedeutung der Wörter und deren Konnotation den Diskurs bestimmen. Es werden vor allem Meinungen erzeugt, die mehr von Emotionen als von rationalen Überlegungen geprägt sind. Dies ist zweifellos ein altbekanntes Phänomen, das aber nichts von seiner Aktualität eingebüsst hat. Mir ist bereits vor Jahrzehnten aufgefallen, dass ein Land, das man nicht besonders schätzte, jeweils einen «Kriegsminister» hatte. Bei Verbündeten war es

hingegen der «Verteidigungsminister», auch dann noch, als der Kriegsminister bereits in die Mottenkiste gehörte. So blieb der zuständige Minister beispielsweise in Ägypten lange eben der Kriegsminister.

9/11 hat in der Sprache besonders starke Spuren hinterlassen. Die einen werden seither als Terroristen, IS-Fundamentalisten, Aufrührer, die anderen als Freiheitskämpfer, Aufständische, bestenfalls als Rebellen bezeichnet. Entsprechend passt sich das weitere Vokabularium an. Als ein iranischer General anfangs 2020 von US-Streitkräften mit einer Drohne zu Tode kam, war dies in unseren Medien meist eine «Tötung» oder «Eliminierung» oder noch harmloser «Neutralisierung», bei wenigen hingegen ein Mord. Als aber ähnliches im Jahre 2018 mit dem Anschlag gegen den russischen Doppelspion Sergej Skripal im britischen Salisbury geschah, zögerten unsere wichtigsten Blätter nicht, dies als Mord- und nicht als einen Tötungsversuch zu bezeichnen. Je nach Medium wird dieselbe Tat als Neutralisierung, vielleicht tödlicher Angriff oder als Terroranschlag bezeichnet. Die Wortwahl ist ein wichtiger Teil der Propaganda. Ein Mord als Präventivmassnahme verstösst gegen das Völkerrecht, zumal die einzelnen Staaten ja nicht unmittelbar bedroht sind. Medien, die die Dinge beim Namen nennen, sind weder feindlich, noch befürworten sie das Gegenteil.

Nicht nur die Politik, auch die Natur erfährt unterschiedliche Deutungen. Als Beispiel für den Krieg um Worte sei der in Mitteleuropa eingewanderte Wolf erwähnt. In verbalen Auseinandersetzungen werden verbale Wagenburgen errichtet, die sich gegen den Eindringling und auch gegen die Realitäten verschanzen. Konstruierte «Wirklichkeiten» können sich erstaunlich lange halten. Das Ringen um die Deutungshoheit wird augenfällig. Für die einen ist der Wolf die mordende Bestie, die eine Gefahr für die Kinder darstellt, Rotkäppchen lässt grüssen. Für die anderen ist er der Urahn unseres Hundes, ein Tier der Wildnis in starkem Sozialverband. Der starke Sozialverband ist richtig, ein Beleg für Wildnis ist er mit seiner Anpassungsfähigkeit hingegen nicht. Mit seinem Auftreten nach 150jähriger Absenz ergeben sich beim jeweiligen Auftauchen dieses Beutegreifers in einer Region Abwehrreflexe. So verlangt der Bürgermeister von Matrei im Osttirol, einer Nationalparkgemeinde im Hohe Tauernmassiv, nach dem Auftauchen eines einzelnen Wolfes in einer Petition ein «wirksames» Wolfsmanagement. Es ist vom «Entfernen» und von einer «wolfsfreien Zone» in der Berglandwirtschaft – so auch im Nationalpark – die Rede. Welche Arroganz spricht aus solchen Stellungnahmen, die definieren, wie die biologische Vielfalt inhaltlich nach unserem Ermessen aufgestellt sein soll? Ich dachte meinerseits wohl etwas naiv, «dass der Nationalpark der Ort sei, wo wir alles aufbewahren, was vom Aussterben bedroht ist» (Peter Maiwald, deutscher Schriftsteller).

So findet «die Mutter aller Schlachten» über die Deutungshoheit gegenüber dem Wolf derzeit rhetorisch in ganz Mitteleuropa statt. Der Wolf ist gemäss «Berner Konvention» des Europarates eine streng geschützte Tierart. Dies wurde so von fast allen Staaten Europas ratifiziert. Ausgerechnet in der Schweiz, dem damaligen Ausrichter der Konferenz und darum «Berner Konvention», soll nun in einem revidierten Jagdgesetz der Wolfsschutz gelockert werden. Der Bund will die Kantone ermächtigen, in Eigenregie den Wolf zu «regulieren» und dies wenn nötig selbst in Eidgenössischen Jagdbanngebieten. Mit einem präventiven Abschuss erhofft man sich eine höhere Akzeptanz für seine Anwesenheit. Man redet hier in der Debatte nicht vom «Töten», sondern man will Tiere «entnehmen». Die Alpenpolitiker als Betreiber meinen dem Wählerwillen so zu entsprechen. Die verlangte «Regulation» wird nicht näher spezifiziert. Zudem wird keine professionelle Wildhut für die Regulation verlangt. Auf die wildbiologischen Aspekte der neuen Gesetzgebung und Verordnung bezüglich Wolf soll hier nicht eingetreten werden. Nur so viel: den Beutegreifern wird eine Regulierung des Wildbestandes zugesprochen. Aber gleichzeitig wird lamentiert, dass die Schutzwaldverjüngung durch zu hohe Wildbestände in Frage gestellt sei. So ergeben sich Widersprüche. Für den Alpenraum wissen wir es längst: der Wolf wird bleiben. Dies verlangt nach

einem Abwehrrispositiv zu Gunsten von Nutztieren mit Elektroäunen und vor allem Herdenhunden. Ohne Herdenschutzhunde und Behirtung funktioniert die alpine Schafhaltung nicht mehr und dieser Schutz ist im Interesse einer konfliktarmen Koexistenz mit der Kleinviehhaltung anzustreben. Verhaltensauffällige Tiere allenfalls abzuschliessen ist dem nachgeordnet.

Ich ziehe folgenden Schluss aus dem hier Geschriebenen: Es lohnt sich eine Überprüfung von Begriffsbildungen. Die Wortwahl sollte kritisch hinterfragt werden. Demokratie lebt von der Vielfalt der Sprache. Sprache sollte nicht normiert werden, wir sollten aber sorgfältiger mit ihr umgehen.

Mario F. Broggi, 30.6.2020